

Erscheinung
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Gutzwiller, Industrie- und
Kunstverlag
Hoflieferant
franco gegen Franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
desse Bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
Voraus zahlbaren
vierteljährlichen Preis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontingenz)
Fr. 3.— für Deutschland (Kontingenz)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Kontingenz)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kontingenz).

Inserate
Die dreispaltige Zeile
25 Cts. — 30 Cts.

N. 5.

Sonntag, 1. Februar.

1880.

— Avis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“ —

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verleger nach jenem Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Verkehr nachdrücklich und bei jeder Verlässlichkeit zu empfehlen, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterfordernis ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unerschöpfliche Zusendungen mitgeteilt werden. In zweifelhafte Fällen empfiehlt sich stets größter Vorsicht bei Kommandierung. Sowie es uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

An die deutschen Parteigenossen.

Freunde und Gesinnungsgenossen!

Raum ist die Magdeburger Wahl in für die Sozialdemokratie ruhmreicher Weise beendet, so stehen uns infolge von Mandatsniederlegungen schon wieder zwei neue Wahlen zum Reichstag bevor: im 2. Berliner Wahlkreis und im 17. sächsischen Wahlkreis Glauchau-Meerane. Wir treten in beide Wahlen unter schwierigen Umständen ein.

In Berlin herrscht der Belagerungsstand und die von jeder Gefesgehrlichkeit besetzte Polizeigewalt unterdrückt mit raffinierter Brutalität jede wahrnehmbare Regung unserer Genossen; Verständigungen, Zusammenkünfte und die Wahlagitatio bis zum Stimmzettelsvertheilen sind aufs äußerste und mehr als an jedem andern Ort beschränkt, aber jedem für die Agitation Thätigen schwebt das Damoklesschwert der Ausweisung und außerdem sind der Bewegung schon zahlreiche ihrer tüchtigsten Kräfte durch Ausweisung und Verhaftung entzogen. Gelder für Wahlzwecke sind schwer einzubringen, da unsere Genossen schon durch die Fürsorge für die zahlreichen Familien der Ausgewiesenen überaus in Anspruch genommen sind und außerdem das Sammeln im Kleinen durch die Polizei überaus erschwert wird. Trotz alledem aber werden unsere wackeren Berliner Genossen unerschrocken in die Wahlbewegung eintreten, um der Welt einen Beweis zu geben, daß unsere Sache in der Reichshauptstadt nicht todt ist, sondern mehr denn je lebt in tausenden von freudigglühenden Herzen.

Im 17. sächsischen Wahlkreis liegen die Verhältnisse allerdings nach einer Richtung zu günstiger. Glauchau-Meerane ist eine alte, bewährte Position der Sozialdemokratie; seit mehr als zwölf Jahren hat es sozialistisch gewählt und wiederholt Bebel und nach dessen Wahl zweimal Prager in den Reichstag geschickt. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß es auch jetzt wieder seine Treue für die Sache des Leidenden und nach Befreiung ringenden Volkes glänzend bewähren und aufs Neue einen Sozialisten wählen wird. Aber es herrscht gegenwärtig unter der armen Bevölkerung dieses Kreises ein grimmiger Nothstand, so daß Tausende kaum ihr Leben aufs Nothdürftigste zu fristen vermögen. Woher sollen da in dem Kreis, der selbst einer Unterstützung außerordentlich bedarf, die unentbehrlichsten Gelder für die Wahlbewegung aufgebracht werden?

Unter diesen Umständen ist es mehr denn je eure Pflicht, die Pflicht aller deutscher Genossen, die sozialdemokratischen Wähler dieser beiden Wahlkreise mit allen zu Gebote stehenden Kräften zu unterstützen durch rasche und ausgiebige Sammlungen für den Wahlfonds! Wohl wissen wir, daß unter den gegenwärtigen, schlimmen wirtschaftlichen Verhältnissen eure pekuniären Kräfte geschwächt sind und daß dieselben überdies durch die mit erhebendem Opfermuth bewerkstelligten Sammlungen für die Opfer des Sozialistengesetzes und mancherlei andere Anforderungen in Anspruch genommen werden. Aber die Nothwendigkeit der Hilfe ist eine dringende. Welch ein Triumph für unsere Feinde, für die infamen Fabrikanten des Sozialistengesetzes, wenn unsere Gesinnungsgenossen in beiden Wahlkreisen durch eure Theilnahmslosigkeit entmuthigt, in ihrem Eifer erlahmen und dem Feind das Feld überlassen! Wie würde man darin überall ein Zeichen für den „Rückgang“, für den Anfang vom Ende der Sozialdemokratie erblicken und unsere Partei nächst der Feindschaft mit Hohn überladen, während ihre festsensete Haltung in den brandenden Wogen des gegen uns geführten Lebenskampfes bisher selbst den grimmigsten Feinden, wenn auch widerwillig, Achtung abzwang!

Darum bleibe Keiner zurück! Gebe Jeder sein Scherlein; und sei es noch so klein — es wird unsern jetzt im Vorderreihen stehenden Berliner und Glauchau-Meeraner Genossen eine ermunternde Hilfe sein und beitragen zur Wahrnehmung der Ehre unserer Partei, jetzt und zum schließlichen Sieg unserer großen Sache!

Deutschland, Ende Januar 1880.

Die moderne Sklaverei.

Die Rothschilde besitzen mehrere Millionen Sklaven. Wie ist das möglich? Die Sklaverei ist ja abgeschafft — Es ist aber dennoch so.

Ihr Gesamtvermögen beträgt an die hundert Millionen Dollars im Jahre. Arbeiten sie etwa? Schaffen sie etwa Werte? — Nein! Nun, da müssen mehrere Millionen Lohnsklaven für sie arbeiten ohne Vergütung. Es ist gleichgültig, wo diese Sklaven wohnen, von welcher Rasse, Nation, Religion und von welchem Geschlecht sie sind — vermutlich gibt es darunter Deutsche, Amerikaner, Chinesen, Türken, Griechen, Spanier u. s. w., Gelehrte und Handwerker, Buchhalter und Tagelöhner, Bauern und Krämer, Bergleute und Seefahrer, Fischer und Jäger, Eisenbahnbedienstete und Lausburschen.

Da sie vielleicht für hundert Millionen Schuldscheine der Vereinigten Staaten besitzen, welche ihnen vielleicht 4% oder 5 Proz.

eintragen, so hat von den 45 Millionen Unionseingewohnten jeder ihnen jährlich 11 Cents Steuer zu entrichten, und da von diesen 45 Millionen nur etwa 9 Millionen wirkliche Werthe hervorbringen, so zahlt in der That ein jeder ihnen 55 Cents jährlich, und es kostet den Rothschilden nicht einmal eine Auslage, um diese Steuer von jedem Menschen in der Union einzutreiben. Man bringt sie ihnen ins Haus. Man fragt keinen, ob er für die Rothschilde unentgeltlich einen halben Tag arbeiten will; sie müssen, gerade wie die Sklaven. Die Kapitalisten vermögen ihren Antheil an dieser Steuer, wie von jeder andern abzuwälzen, auf die Nichtkapitalisten abzuwälzen; diesen aber, dem arbeitenden Volk, hilft davon kein Gott und kein Teufel los.

Und wenn die Rothschilde nur des Volkes einzige Gläubiger und Sklaventreiber wären! Aber es gibt deren weit mehr. Es werden z. B. in den Vereinigten Staaten jährlich an Dollar 30,000,000,000 Kapital verzinnt. Zu 5 Prozent müssen also 1500 Millionen Dollars Zinsen aufgebracht werden, was auf 9 Millionen wirkliche Arbeiter vertheilt 167 Dollar Steuer jedem Einzelnen kostet oder mehr als die Hälfte aller Wochentage im Jahre, mit unbezahlter Arbeit hingebraucht. Ist das nicht Sklaverei?

Es ist wahr, man verkauft uns nicht; wir müssen uns selbst verkaufen und manche unter uns ihre Weiber und Kinder mit. Es ist wahr, man peitscht uns nicht, aber die Hungerpeitsche wirkt sicherer und unfehlbarer, daß wir doppelt und dreifach so viel für unsere Sklaventreiber arbeiten, als je ein Sklave geleistet hat. Es ist wahr, wir sind unsere eigenen Herren und Stimmgeber obendrein; aber wir wählen uns selbst unsere Sklaventreiber und Gesetzgeber und thun es mit Leidenschaft, und wer das zu ändern versucht, den proklamieren sie als einen Feind der menschlichen Gesellschaft und knüppeln ihn nieder, wie sie es mit den beiden Griechen, oder schiachten ihn ab, wie sie es mit dem Spartakus gethan, oder warten ihn langsam zu Tode, wie es mit den Nihilisten geschieht, oder sperren ihn ein, wie es den deutschen Sozialisten widerfährt, oder treiben ihn aus dem Lande, wie es mit den Irländern gemacht wird. Und während ein muthiger Sklave mitunter ins Land der Freiheit entlaufen konnte, so mögen wir laufen, wohin wir wollen, wir schütteln die Sklavensketten des Kapitals nicht ab. „Und nähme ich Flügel der Morgenröthe und stöge ans äußerste Meer, siehe, so ist Gott Mammon mit seiner Kapitalherrschaft da.“

Ist das Sklaverei oder nicht? Auf den Namen kommt es ja wenig an, aber Alles auf die Sache. Gehört nicht unsere Arbeitskraft, den größten Theil unserer wachen Lebenszeit hindurch, einem Herrn? Und macht es einen Unterschied, daß wir unsern Herrn und Eigenthümer nie von Angesicht zu Angesicht kennen lernen? O ja, denn einen erkennbaren Herrn könnten wir erwürgen, oder uns sonst an ihm für die uns geraubte Freiheit rächen; aber für unsere Sklaverei ist eigentlich Niemand insbesondere, sind wir vielmehr Alle mit einander verantwortlich. Und die ungeheure Schwierigkeit, die es hat, um unsere Ketten zu brechen, besteht eben darin, daß wir uns für freie Leute halten, und daß die Meisten unter uns mit ihrer Unfreiheit noch so leidlich zufrieden sind.

O wie teuflisch klug war es doch, die Leibeigenschaft und die Sklaverei abzuschaffen, um die Lohnsklaverei an deren Stelle zu setzen! Wie zahm und dankbar wurden dadurch die Ausgebeuteten, und wie bequem wurde den Herren der Welt das Ausbeutungsgeschäft gemacht! Wie reich belohnte sich für diese die Scheinmenschlichkeit, und wie stolz trugen jene mannehr ihre selbstgeschmiedeten Ketten. Unter der alten Sklaverei waren die Herren gewöhnlich bankrott und wurden von den Geldkönigen mit ausgezogen; unter der Lohnsklaverei leben dreifach soviel Ausbeuter von der dreifach stärker ausgebeuteten Arbeiterklasse, welche sich obendrein für ihr Loos bedankt. Und wie leben die modernen Sklaventreiber! Ihr Luxus mit Palästen und Prachtkutschen, mit Diamanten und Geschmeide, mit Kleiderpracht und Pferderennen, mit Schmausereien und Trinkgelagen, mit Lustfahrten und Ausschweifungen wird von vielen Lohnsklaven noch obendrein als eine Wohlthat für die armen Leute angesehen, weil damit viel „Geld unter die Leute gebracht wird.“

Der Reid muß stillschweigen beim Tarben angeht solcher Verwüstung. Die Faulheit des Bettlers und die Habsucht des Diebes, welche den vom Gesetze bevorrechteten Räubern und Schmarozern nachahmen wollen, wird nicht nur bestraft, sondern von den beraubten Arbeitern selbst verachtet und verdammt. Die gesetzliche Räuberei wird von den Pharisiern und Schriftgelehrten religiös geheiligt, von den Ausgebeuteten verehrt und angebetet. Diese Welt gilt für die „beste aller Welten“, und die Perversion fremder Arbeit für ein Naturgesetz!

Aber das hat einmal ein Ende. Nicht weil die Lohnsklaven es mit aller Anstrengung wollten, sondern weil die Zeit mit Riesenschritten herannäht, da die Ausbeutung nicht genug mehr auszubeuten findet, und weil das schließlich die Ausgebeuteten zur Besinnung bringt. Wo nichts ist, hat bekanntlich auch der Kaiser sein Recht verloren. Wenn das Kapital immer weniger Zinsen bringt, weil zuviel Kapital, zuviel Scheinwerth verzinnt,

zuviel unvergütete Arbeitskraft vergeudet werden muß, so muß das Kapital selbst angegriffen werden und einschrumpfen. Die geistreiche Einrichtung, daß immer mehr Anweisungen ausgestellt werden, welche von der Arbeiterwelt honorirt werden müssen, weil die Masse des Kapitals rascher wachsen kann, als es die ausbeutende Bevölkerung thut, diese geistreiche Einrichtung einer Schöpfung aus Nichts erweist sich am Ende als Dummheit. Der ausgeaugte Erdboden gibt kein Erntemehr. Die geschlachtete Henne legt keine goldenen Eier mehr. Die ausgedorrte Wüste erlaubt keinen Regensfall mehr.

Aber schon bevor die Menschenwelt ganz verwüstet und verelendet ist, bekommt sie Nachdenken und Vernunft. Das ist ihr Vorrecht vor der Thierwelt. Sie fühlt, daß sie verflucht ist unter dem Anschein der Freiheit. Sie bricht mit einer gewaltigen Anstrengung ihre Fesseln und macht der Sklaverei in jeder Form ein ewiges Ende.

G. H. Vorb.

Nordamerikanischer Sozialistenkongress.

— New-York, 2. Januar. Indem ich mir vorbehalte, zu geeigneter Zeit auf den einen oder andern Theil der Wirksamkeit des an der Schwelle zum heutigen Tag geschlossenen Kongresses (National Convention) von Allegheny City später zurückzukommen, erstatte ich den deutschen Genossen für heute möglichst kurz Bericht über die Kongressarbeiten.

Die Eröffnung des Kongresses fand statt am 26. Dezember, Vormittags, in Gegenwart von 26 Delegationen, unter welchen das deutsche Element stark vertreten war. Nachdem das Bureau und die Komitees (für die Plattform, Organisation, Presse, Finanz, Beschwerden und Prüfung des Berichts der Exekution und des Aufsichtsrathes) gebildet und zahlreiche eingelaufene Korrespondenzen zur Kenntniß gebracht waren, verlas der korrespondirende Sekretär des Exekutiv-Komitees, H. van Batten, namens des Parteivorstandes einen eingehenden Bericht über den Gang der Parteibewegung seit dem Kongress von Newark.

Derselbe gibt zunächst einen genauen Rechenschaftsbericht über die Stärke und Entwicklung der Bewegung in den verschiedenen städtischen Zentren, wobei festgestellt wird, daß die Bewegung im Westen rascher vor sich gehe als im Osten, insbesondere, was die Vereinigung der verschiedenen Bevölkerungselemente (in nationaler Hinsicht) betreffe. Was die größeren Städte betreffe, so müsse konstatiert werden, daß überall ein entschiedener Fortschritt sichtbar sei, mit Ausnahme von Cincinnati, wo die Bewegung nach einem raschen Aufschwunge eben so rasch wieder zurückgegangen sei. Die Ursache des Rückschlages sei in zwei Punkten zu suchen: in dem Eingehen der dortigen Parteizeitung, der „Ohio Volkszeitung“ und in dem Widerstand, welchen die hervorragenden Führer der dortigen Gewerkschaftsbewegung geleistet haben. Indes seien jetzt auch dort die Wunden vernarbt und ein erneuter Aufschwung unverkennbar. Im Allgemeinen sei eine sehr lebhaft und wirksame Agitation durch reisende Sprecher unterhalten worden, trotzdem auch anderweitige Ansprüche an die Parteigenossen gestellt worden waren, wie die Subvention derjenigen Parteiblätter, die noch ein Defizit in ihren Geschäften hätten, die Unterstützung der aus Deutschland ausgewiesenen Sozialisten u. s. w. Die staatlichen Organisationen seien nicht mit dem Eifer errichtet und erhalten worden, als diese wichtigen Faktoren in unserer Bewegung verdienten, doch werde man in Zukunft darauf größere Aufmerksamkeit richten. Auch eine lebhaft Agitation mittelst Flugschriften und Broschüren habe sich als wirkungsvoll erwiesen und sei auch ferner fortzuführen. Was die Präsidenschaftskampagne des nächsten Jahres betreffe, so sollte sich unsere Partei unter allen Umständen daran heilfälligen, wenn ohne Verletzung unserer Prinzipien möglich, in Verbindung mit anderen Arbeiterorganisationen, sonst aber unabhängig, für sich allein. — Der Bericht tadelt dann in scharfen Ausdrücken die offizielle Verbindung einzelner Sektionen mit militärisch organisirten Körperschaften (vor allem in Chicago) und versucht nachzuweisen, wie eine solche Verbindung gegen die von uns vertheidigten Prinzipien verstoße. Der Kongress solle unter allen Umständen die offizielle Anerkennung solcher sogenannten „sozialistischen Militärs-Kompagnien“ seitens der Sektionen verbieten. — Der Bericht verbreitet sich dann des Längeren über den Einfluß, den die sozialistische Propaganda auf die amerikanische Bevölkerung bereits gehabt habe. Unter anderen Belegen dafür wird angeführt, daß fast sämtliche literarische Monatschriften von einiger Bedeutung sich genöthigt gesehen haben, das Thema des Sozialismus und der sozialistischen Agitation in respektvoller Weise zu besprechen. Es gehe aus allem diesem hervor, daß unsere wirkliche Stärke nicht gemessen werden könne an der Anzahl von Stimmen, welche diese oder jene unserer Wahllisten gehabt habe. Der Bericht schließt mit einem eindringlichen Appell zur Einigkeit, ohne welche auch nur ein mäßiger Erfolg unmöglich sei.

Die Verlesung des außerordentlich überschüssig und genau abgefaßten Berichts wurde häufig von Zeichen des Beifalls unterbrochen, die am Schluß sich zu einem allgemeinen Beifallssturm steigerten.

Die zweite Sitzung beschloß sich mit dem Vorschlag der Exekutive hinsichtlich der Vetheiligung unserer Partei an der nächsten Präsidentschaftswahl, welcher dahin ging, entweder wenn möglich im Verein mit den Arbeiterparteien und radikalen Elementen, jedoch nur auf Grund einer die Grundzüge unserer Prinzipien enthaltenden Plattform einen Kandidaten für die Präsidentschaft zu ernennen; oder wenn ein solches Zusammengehen mit außerhalb der Partei stehenden Elementen unthunlich, selbstständig einen Kandidaten zu nominieren.

Nachdem die überwiegende Mehrheit sich für den präjudiziellen Antrag ausgesprochen hatte, daß unsere Partei auf alle Fälle in die Präsidentschaftskampagne einzutreten habe, wurde die Frage: ob der Eintritt selbstständig oder in Verbindung mit anderen Parteien erfolgen solle, unter Vetheiligung sämtlicher Delegaten einer lebhaften und eingehenden Debatte unterzogen, welche auch am dritten Tage fortgesetzt wurde. An diesem Tage wurden zuerst die mit hierher einschlägigen Fragen: ob sich die Partei an der von Fachpolitikern allerlei Parteirichtungen zu veranstaltenden sogenannten „Labor-Conference“ in Washington, D. C. und an der Chicagoer Konvention zur Vereinigung der Greenbacker, der kalifornischen Arbeiterpartei, der „Liberal-League“, der Radikalen u. s. w. offiziell betheiligen solle, entschieden und zwar im verneinenden Sinne (im ersten Fall mit 21 gegen 3, im zweiten mit 14 gegen 9 Stimmen). Die Mehrheit war der Anschauung, daß unsere Partei durch eine Kooperation nur verlieren könne, indem sie von jenen Parteien nur ausgenutzt und kompromittirt werden würde, ohne für ihre eigenen klar erkannten Ziele irgend etwas zu erreichen.

Diese Entscheidung ist, wie ich bereits in meinem letzten Bericht andeutete, eine sehr erfreuliche, obgleich sich nicht verkennen läßt, daß bei entsprechend kluger Verhandlungseitung sich vielleicht hätte ein Einfluß auf die genannten, allenthalben mit freisinnigen und Arbeiter-Elementen durchsetzten Parteien gewinnen und dadurch sowohl konkret politische als agitatorische Vortheile für die Partei erzielen lassen. Aber um in solchen Verhandlungen zu siegen, bedarf es seltenen Geschickes und nicht minder Glück; im Verlustfall aber steht der Nachtheil zu dem Einsatz in keinem Verhältniß. Und darum ist es besser, daß man sich auf die Sache gar nicht einläßt.

Schluß folgt.

Sozialpolitische Rundschau.

Schweiz.

Dem italienischen Blatt „Fanfulla“ schreibt man aus Genf über Ausweisungen von Nihilisten aus der Schweiz. Die schweizerische Regierung soll die Ausweisung eines Fürsten Krapotkin, genannt Lepaschoff, des Professors Schukowitsch und eines Polen verfügt haben, welche drei Personen der nihilistischen Partei angehören und der Schweiz durch ihre agitatorische Thätigkeit Ungelegenheiten bereiten sollen. — Unsere Informationen zufolge ist allerdings etwas Wahres an der Nachricht. Inzwischen soll die Bundesregierung mit der Sache gar nichts zu thun haben. Vielmehr ginge die Sache lediglich von der Genfer Polizei und zwar dem neuen Polizeileiter, Herrn Ador, aus, welcher allerdings den bezeichneten Emigranten jüngst plöblich und ohne einen bekannt gewordenen besonderen Grund Ausweisungsbefehle zusandte. Doch wurden dieselben nicht ausgeführt, da mehrere Mitglieder des Großen Rathes energisch gegen diese abschwereliegende Handlungsweise protestirten und mit einer Interpellation drohten. Ist nun solchermassen die Ausweisung auch nicht zur Durchführung gekommen, so ist es doch schon traurig und für jeden freiheitsliebenden Schweizer beschämend genug, daß von republikanischen Beamten auch nur der Versuch einer solchen freiheitswidrigen Maßregel gemacht werden kann. In einer ächten Republik sollen solche Dinge einfach gar nicht in Frage kommen, am allerwenigsten aus Gefälligkeit gegen die despotischste Regierung Europa's, deren innere Feinde und Verfolgte bei jedem freisinnigen Menschen Sympathie und Schutz genießen müssen. Wir wollen zur Ehre unseres Landes hoffen, daß die schweizerische Presse in überwiegender Mehrheit gegen den neuesten Versuch zur Verletzung unserer allgeheiligteten Absperrung energisch

Feuilleton.

Geheimschriften.

(Schluß.)

Die Vortheile dieses Systems springen sofort in die Augen. Es ist sehr leicht zu handhaben; sobald man sich nur einige Male darin versucht hat, geht das Chiffriren wie das Deciffriren spielend. Freilich darf man, besonders beim Chiffriren, nicht unerakt sein und die Buchstaben nicht verwechseln, weil sonst das Deciffriren sehr unsicher, wenn nicht unmöglich wird. Deshalb ist es auch gut, besonders für den Anfang, die Chifferschrift zur Probe ihrer Richtigkeit vor der Absendung selbst noch einmal zu deciffriren. Was aber die Sicherheit betrifft, so ist es klar, daß ein System, bei dem jeder Buchstabe fast jedesmal durch ein anderes Schriftzeichen gegeben wird, der Deciffrierkunst die denkbar geringsten Anhaltspunkte gibt. Wenn man überdies die Wahlwörter häufig wechselt, was nicht die geringste Schwierigkeit macht, — wenn man will kann man auch einen ganzen Satz als Schlüssel nehmen, — so ist eine Entzifferung auf Grund rechnerischer Kombinationen einfach unmöglich. Mit der größten Vortheile aber ist, daß man nicht wie bei anderen Systemen einen geschriebenen Schlüssel (Tabellen) zu haben braucht, der gestohlen oder sonst (z. B. bei einer Hausdurchsuchung) weggenommen oder eingesehen werden kann; die wenigen Wahlwörter können vielmehr leicht im Gedächtniß behalten werden. Um sich letzteres noch zu erleichtern, besonders wenn man sich einer größeren Zahl von Wahlwörtern bedient, kann man z. B. eine beliebige Stelle aus einer Dichtung oder irgend ein anderes Zitat in einer beliebigen Sprache wählen, welches die beiden Korrespondenten ihrem Gedächtniß genaug einprägen. Das erste Wort des Zitates bildet

protestirt und dadurch die Wiederholung solcher reaktionärer Symptome unmöglich macht.

Deutschland.

* Den unbestrittenen Mittelpunkt der politischen Diskussion, gegen den alle anderen Tagesfragen in den Hintergrund treten, bildet augenblicklich die neue Militärvorlage, mit welcher die Regierung das gute deutsche Volk überrascht hat. Während bisher alle Welt der Meinung war, daß der deutsche Militarismus bereits riesenhafte, die Steuerkraft des Landes niederdrückende Dimensionen erreicht habe und während selbst der frühere Kriegsminister v. Kammer in der Reichstagsitzung vom 16. Februar 1874 bei Verlesung des Militärgesetzes erklärte: „Mit der Annahme dieses Gesetzes wird die Militärgesetzgebung des deutschen Reiches ihr Ende erreicht haben!“ — ist die Regierung der Anschauung, daß Deutschland noch immer nicht genug Soldaten und Nordwerkzeuge hat und verlangt deshalb eine neue, ausgiebige Erhöhung des Militärbudgets.

Der gegenwärtig dem Bundesrath vorliegende „Gesetzentwurf betreffend Ergänzungen und Aenderungen des Reichsmilitärgesetzes“ fordert die Erhöhung des bisherigen Friedensstandes von 401,000 Mann um über 26,000 Mann und demnach die des Kriegesstandes um annähernd 100,000 Mann. Das Heer soll um 11 Infanterie-, 1 Feldartillerie- und 1 Fußartillerie-Regiment, 32 Feldbatterien, 1 Infanterie- und 1 Pionierbataillon vermehrt werden, was eine einmalige Ausgabe von 26,713,166 M. und einen dauernden Mehraufwand von 17,160,242 M. jährlich verurthacht, wobei indessen die Ausgaben für die entsprechende Erweiterung des Kasernierungsplanes und die sonstigen durch die Vermehrung des Friedensstandes nöthigen Bauten noch gar nicht inbegriffen sind. — Nicht weniger drückend sind die großen Erschwerungen, welche der Gesetzentwurf den Dienstpflichtigen des Heeres auferlegt und die tief in das bürgerliche Leben eingreifen. So sollen die Ersatzverpflichtigten I. Klasse künftig vier Uebungen mitzumachen haben, von denen zwei sich auf je 8 Wochen erstrecken. Außerdem sind für die Ersatzpflichtigen höchst erschwerende Bestimmungen bezüglich der Erlaubnis zur Auswanderung u. getroffen. Kurz, das Militärgesetz soll nach jeder Richtung eine bedeutende Verschärfung, und dadurch das deutsche Volk eine ungeheure Mehrbelastung erfahren. Und um dem ganzen Werk die entsprechende Abrundung zu geben, soll das revidirte Militärgesetz sammt dem darauf basirten Militäretat für die nächsten sieben Jahre unveränderlich sein, also bis zum 31. März 1888 ein neues „Septennat“, ein neuer „eiserner Militäretat“ geschaffen werden!

Als „Motiv“ für diese abermalige Vergrößerung des Militarismus wird angegeben: daß die Stärke des deutschen Heeres in keinem Verhältniß stehe zu den bedeutend größeren Heeren Frankreichs und Russlands, namentlich da auch an die Möglichkeit eines gleichzeitigen Krieges nach mehreren Fronten gedacht werden müsse. In der That angenehme Friedensaussichten! Aber es wird nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Freiheit Deutschlands als Grund der Heeresvermehrung angegeben. Die „Freiheit Deutschlands“ — ist das nicht ein köstlicher Heckenwisch der Reaktion, ohngefähr ebenso, wie wenn der Scharfrichter den Todeskandidaten tröstet, daß er ihm bloß die Freiheit — des ewigen Lebens geben wolle? Und doch ist die Sache im Grunde ganz ernst gemeint. Die Regierung versteht unter der „Freiheit Deutschlands“, welche das verstärkte Heer zu schützen berufen sein soll, wohl nur die Freiheit von den Sozialdemokraten! Und das ist, wenn auch nicht der einzige, so doch mit der Hauptgrund für die Heeresvergrößerung. Das herrschende Regime fühlt sich unsicher und verhaszt; Thron und Seldtsack gegen das eigene Volk mit einem Wall von Kanonen und Bajonetten. Aber diese „letzten Gründe“ und einzigen Rechttitel nicht nur der Könige, sondern jeder Gewaltherrschaft, können nur einen augenblicklichen Erfolg haben, nimmer auf die Dauer schützen und die Herrschaft verewigen; vor dem Gluthwind des thätkräftigen Volkswillens aber werden sie zerrinnen, gleichwie Schnee und Eis der Alpen, wenn der Früh über sie hinwegstreicht, und im Niederstürzen noch manches Gestrümmel von Oben mit sich reißen!

Darum mögen die „Ordnungs Freunde“ die geforderten Erhöhungen immerhin bewilligen, — und daß sie sich dem Willen des Meisters, wenn auch zum Theil mit einigem Sträuben und Zieren beugen werden, ist zweifellos. — Es ist vielleicht gut so, denn je unsinniger man den Bogen anspannt, desto eher zerspringt er!

gann den Schlüssel (das Wahlwort) Nr. 1, das zweite den Schlüssel Nr. 2 u. s. w. Um dem Korrespondenten zu zeigen, welches der angewandte, resp. anzuwendende Schlüssel ist, setzt man dann der Chiffrenkorrespondenz einfach die betreffende Nummer vor. Vor ganz allgemein gebrauchten Präsen kann man sich — obwohl die Entdeckung immens schwierig ist, da der Deciffreur alle ihm bekannten Zitate erst anwenden müßte und nur durch einen reinen Zufall das richtige finden könnte — immerhin hüten, besonders bei sehr wichtigen Korrespondenzen. Was man indeß für ein Mittel wähle, um dem Gedächtniß nachzuhelfen (das beste ist allerdings, wenn letzteres derartiger Unterstützung gar nicht bedarf), jedenfalls hüte man sich vor einfacher schriftlicher Aufbewahrung des Schlüssels, da sonst der ganze Zweck der Geheimschrift vereitelt werden könnte.

Wir haben schon oben angedeutet, daß wir das vorstehende Chiffrensystem keineswegs lediglich zur Belehrung über das Geheimschriftenwesen mittheilen, sozusagen als Merkwürdigkeit mittheilen, sondern auch zugleich, um dem Leser dadurch ein bewährtes Mittel zur Geheimhaltung seiner Korrespondenz an die Hand zu geben. Der scheinbare Widerspruch, welcher in dieser Absicht gegenüber der von uns ausgesprochenen prinzipiellen Verwerfung jeder Abschließung und Heimlichkeit liegt, erklärt sich sehr leicht aus dem Widerspruch, ja diametralen Gegensatz, in welchem sich die thätlich vorhandenen sozialen und politischen Institutionen zu den Forderungen des natürlichen Rechts befinden — jener von uns angestrebten wirklichen, weil auf dem allein dauerhaften Grund der vollen Gleichberechtigung aller Menschen aufgebauten gesellschaftlichen Ordnung.

Die herrschenden Klassen bringen heute ihre Sonderinteressen zum Schaden der Gesamtheit rücksichtslos und raffiniert denn

— Die famose Bannbruchsaffäre der Reichstagsabgeordneten Frißche und Hasselmann, welche beide sich durch ihre pflichtgemäße Anwesenheit in Berlin während der letzten Reichstagsession straffällig gemacht haben sollen, will noch immer nicht zur Ruhe kommen. Als die Klage zuerst erhoben, resp. vom Staatsanwalt beim Reichstag die Gestattung der Verfolgung nachgesucht wurde, protestirte der Reichstag bekanntlich trotz seiner sonstigen Schwächlichkeit einstimmig gegen ein solches mit dem Begriff des Konstitutionalismus unvereinbares Vorgehen der Regierung und erklärte das Sozialistengesetz mit überwiegender Mehrheit dahin, daß das Mandat des Volksvertreters selbstverständlich nicht unter die Faust der Polizei falle.

Die deutsche Regierung aber kümmerte sich in gewohnter und richtiger Verhöhnung gar nichts um die Meinung der redelustigen Herren „Volksvertreter“ und ließ sofort nach Schluß des Reichstages gegen Frißche und Hasselmann Klage erheben welche jedoch vom Berliner Landgericht aus den im Reichstag für maßgebend erachteten Gründen abgewiesen wurde (wie wir s. B. schon mittheilten). Gegen diese Abweisung ergriff nun die Staatsbehörde Beschwerde beim Oberlandesgericht, welches denn auch diensthilflich den Wunsch der Regierung erfüllte und unter Vernichtung des landesgerichtlichen Erkenntnisses entschied: „daß die Angeklagten Frißche und Hasselmann als hinreichend verdächtig, im Februar 1879 und in den folgenden Monaten bis zum 12. Juli 1879 in Berlin entgegen dem Ausweisungsverbot, welches das Berliner Polizeipräsidium auf Grund des Sozialistengesetzes gegen dieselben erlassen habe, mit Kenntniß von dieser Verfügung dem Geetze zuwidergehandelt zu haben“, vor das Landesgericht zu verweisen seien und gegen sie wegen Vergehens gegen den § 28 des Sozialistengesetzes zu verhandeln sei.

Es läßt sich wohl begreifen, warum die Regierung auf einen ihren Absichten entsprechenden Gerichtspruch in dieser Sache so großen Werth legt; handelt es sich doch um ganz Anderes, als die allfällige von den Abgeordneten abzuspähen paar Wochen „Strafe“. Ist nämlich die Gewalt der Behörde, durch ein bloßes Polizeimandat die Volksvertreter vom Reichstag fernzuhalten, als rechtmäßig anerkannt, dann braucht man bloß auch die übrigen sozialistischen Abgeordneten aus Berlin auszuweisen, um ihre unangenehme Opposition im Parlament ein für allemal los zu sein, und wären auf diesem einfachen Weg die Hunderttausende sozialdemokratischer Wähler gründlich lahmgelegt. Man muß gestehen, daß der Plan der Regierung, der Sozialdemokratie auch noch die letzte Stätte zu nehmen, wo sie sich einigermaßen aussprechen und ihre Proteste gegen die insame Vergeßlichkeit des Volkes ertönen lassen kann, sehr schlaun — wäre, wenn das Volk nicht — wie die Geschichte lehrt — auch nach Absperrung des letzten Ausweges sicher noch einen Weg fände, auf welchem es seinen Willen vernehmlich Ausdruck zu geben versteht. Nur dürfte dieser letztere Weg, auf den sich noch kein Volk müßwillig begeben hat, sondern stets von seinen Feindern gezwungen worden ist, weniger eben sein, als das Parquet des Parlaments.

Auf alle Fälle sind wir auf die weiteren Phasen der „Bannbruchs“-Affäre gespannt, nicht nur weil sie höchst charakteristisch für die deutschen Verhältnisse ist, sondern auch, weil sie auf die fernere Entwicklung der sozialistischen Bewegung im deutschen Reich von großem Einfluß sein kann und sicher sein wird.

* Berlin, 25. Jan. Berichten der Berliner Presse zufolge soll es sich bei der Verhaftung der 13 Sozialdemokraten wirklich um ein Wahlkomitee oder wie sich die Blätter ausdrücken: „um eine Fortsetzung des früheren sozialdemokratischen Zentralwahlkomitees für Berlin“ gehandelt haben. Die Namen der Verhafteten sind nach dem „Tagbl.“ folgende: Vergolder Ferdinand Ewald, Maurer Ferdinand Randt, Stud. phil. Heinrich Ronne, Goldarbeiter Karl Lube, Tischler August Joppe, Tischler August Hiller, Raschmacher Karl Neumann, Tischler Theodor Beck, Schuhmacher August Pieschmann, Schneider Heinrich Hellwig, Mechaniker Julius Heiland und Schneider Karl Seewald. Die sämtlichen Verhafteten wurden unter der Anschuldigung, sich gegen die §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches (Theilnahme an geheimen Verbindungen und insbesondere an Verbindungen, zu deren Zwecken gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern), sowie gegen das Sozialistengesetz (durch Organisation der geheimen Verbreitung verbotener Tractschriften) vergangen zu haben, in Untersuchungsdarrest gebracht. — Welches der gerichtliche Erfolg dieses neuen Gewaltstreiches sein wird, ist bei unserer Un-

je zur Geltung, und wer ihnen hierin entgegentritt, der ist ihr Feind, den sie auf jede Weise unschädlich zu machen, zu vernichten suchen. All die „großen rechtlichen Errungenschaften der Neuzeit“, die man sonst der finstern „alten Zeit“ gegenüber nicht genug rühmen kann: für den prinzipiellen Gegner („Untergraber“) jener Sonderinteressen existiren sie nicht. Das Recht der freien Meinungsäußerung in Schrift und Wort und des offenen Verkehrs mit Gleichgesinnten — sie existiren so wenig wie zu Tacitus' Zeiten. Und damit der „malkontente“ Bürger die modernen Verkehrseinrichtungen, welche ihm freilich nicht wohl unterzogen werden können, nicht etwa zu Zwecken, welche seinen Sonderinteressen zuwiderlaufen, benutze, hat man allerlei Kontrollmittel erdacht: irrtümlich eröffnete und beschädigte Briefe, Hausdurchsuchungen und dergl. Hinter alledem aber stehen als finstere Warner: der wirtschaftliche Ruin und das Gefängniß! Haben wir nicht alle Ursache stolz zu sein auf unsere Kultur — den beschränkten Alten gegenüber?

Werden aber all diese schlaun erdachten Mittel unserm Streben selbst und dem ihm dienenden Verkehr ein für allemal ein Ende machen? Das ist möglich zu halten. Schätzen wir auch den Beschränktesten nicht für geistlichschwach genug. Der Kampf dauert fort, nur in der Kampfart, in den Waffen tritt eine Aenderung ein. Welche Mittel aber in dem ange deuteten Fall anzuwenden sind, um die gegen uns gerichteten Anschläge zu paralyisiren, das zeigt uns am besten das Beispiel unserer Gegner. Machen wir es uns zu Rufe und bekämpfen wir sie mit ihren eigenen Waffen. Denn es ist weise vom Feind zu lernen, sagt schon der alte Duid — Ipse docet quid agam: fas est et ab hoste doceri!

Belgien.

* Wie der Ausschuss und die Delegirten der belgischen sozialistischen Partei es den ohne die nöthige Vorbereitung in eine große Arbeitseinstellung eintretenden Bergwerkarbeitern der Provinz voraussetzte, so ist es gekommen: der Strike mußte bald wieder aufgegeben werden; und es war noch ein Stück für die Arbeiter, daß die Werksbesitzer mit einträglichen Bestellungen sehr überhäuft waren und darum die Arbeiter beurlaubten, weshalb letztere auch ohne weiteren Verlust als den Lohnentgang während der Arbeitseinstellung und ohne „Straf-Mißregeln“ die Arbeit wieder aufnehmen konnten. Ja, sie erlangten sogar durch diese günstigen Umstände den kleinen Vortheil, daß ihnen die Patrone eine Lohnaufbesserung — versprochen; ob und wie dieses Versprechen verwirklicht werden wird, steht freilich noch dahin. Aber selbst diesen verhältnißmäßig leidlichen Ausgang des ungünstig begonnenen Kampfes haben die Arbeiter wesentlich der Agitation und Organisation der sozialistischen Partei zu verdanken, welche trotz ihres früheren Abtrahens vom Strike mit ganzer Kraft für die Bergleute eintrat, sobald die Arbeitseinstellung einmal eine Thatsache war. Hoffentlich werden die Arbeiter hieraus die Lehre ziehen, daß ihre berechtigten Forderungen nur durch eine umfassende und stramme Organisation Aussicht auf Verwirklichung gewinnen, und sich deshalb in Massen der sozialistischen Partei anschließen!

Wie berechtigt aber die Bestrebungen der armen Bergarbeiter nach Verbesserung ihres elenden Looses sind, zeigt die Thatsache, daß ihre ganzen Wünsche bei Ansehung der letzten Arbeitseinstellung auf Erlangung eines Lohnes von 2,50 bis 3 Franken gingen. Die Lage der belgischen Bergarbeiter ist, wie Professor Doctor Denis in Brüssel jüngst nachgewiesen, heute eine bei weitem schlechtere, als vor zwei Jahrhunderten. Damals hielt man sechs Stunden anstrengender Bergarbeit täglich für vollkommen genug, und Nacharbeit gab es gar nicht. Noch 1646 erklärte die kamer van koophandel (Handelskammer) von Charleroi, „dat de mijnwerkers acht uren werken“. Heute aber ist eine Arbeitszeit von zwölf, ja sogar vierzehn Stunden eingeführt! Und ist vielleicht der Lohn in demselben Maßstab gestiegen? Damals verdienten die Bergarbeiter 450—720 Franken jährlich. Das jetzige Durchschnitts-Jahresinkommen aber beträgt nach der Regierungsberechnung von 1868 837 Franken. Nicht genug aber, daß der heutige Lohn mit Rücksicht auf die fast verdoppelte Arbeitszeit absolut geringer ist als damals, ist das Verhältnis ein für die Arbeiter noch viel schlimmeres, wenn man den bedeutend gesunkenen Werth, die verringerte Kaufkraft des Geldes von heute in Betracht zieht. Noch 1761 kostete der Hektoliter Korn 12—14, Roggen 7—8 Franken, so daß der damalige Arbeiter sich jährlich 35—55 Hektoliter Korn und 56—90 H. Roggen kaufen konnte, während der heutige Lohn nur auf durchschnittlich 31 H. Korn und 46 H. Roggen reicht. Das Resultat einer 200jährigen Kulturentwicklung ist demnach für die belgischen Bergleute und für die Bevölkerung der Provinz eine bedeutende Verschlechterung des Lebensstandes! Woher?

Frankreich.

* Der als Mithener der Kommune bekannte Jules Favre ist gestorben. Nach der für Gallanten überaus bequemen Spießbürgermoral: de mortuis nil nisi bene (über die Todten soll man nur Gutes sagen) müßten wir eigentlich jetzt schweigen; denn Gutes kann dem Todten, höchstens mit Ausnahme seines hervorragenden Rednertalentes, niemand nachsagen. Wir aber huldigen jener „Moral“ nicht und lassen auch gegenüber Todten der Wahrheit ihr Recht. Diese aber zeigt uns Favre sowohl als öffentlichen wie als privaten Charakter im denkbar schlechtesten Licht. Als er bei Abschluß des Pariser Waffenstillstandes dem Eroberer Bismarck günstige Bedingungen abhandeln wollte, wußte der Schwächling nichts zu thun, als — zu weinen! Dem für seine Freiheit kämpfenden Volk gegenüber aber fand er — natürlich in sicherer Ferne — seinen Muth schnell wieder. Er erließ als Minister des Aeußeren an alle Mächte ein Verlangen um Auslieferung der flüchtigen Kommunalen als „gemeiner Verbrecher“, mußte aber die Schande erleben, daß sein Verlangen selbst von den reaktionärsten Regierungen abgewiesen wurde. Die Krone seiner Zukunft aber bildet sein Verhalten gegen Millière. Dieser hatte ihn öffentlich der Bigamie und gemeinsten Urkundenfälschung bezichtigt und seine Anschuldigungen urkundenmäßig nachgewiesen. Favre haßte deshalb Millière und mißbrauchte seine Macht dazu, seinen persönlichen Feind bei Niederwerfung der Kommune selbst ohne den Schein eines Rechtes (denn Millière war als Abgeordneter unantastbar) ermorden zu lassen. Und über einen solchen Menschen soll man „nichts als Gutes sagen“? Nein, wir schließen unsern Nekrolog damit: es ist ein Schuft weniger!

— Nach anderthalbjähriger, durch die Unterdrückungsmaßregeln der reaktionären Regierung bedingten Unterbrechung erscheint seit dem 21. Januar die „Egalité“ wieder und zwar unter der bewährten Redaktion Jules Guesde's. Gleich in ihrem Programm-artikel tritt sie energisch für die Organisation einer sozialistischen Partei Frankreichs ein. Unter den Mitarbeitern ist auch unser Genosse Liebknecht genannt. Unsere herzlichsten Grüße und Wünsche dem wiedererstandenen Mitkämpfer!

Großbritannien.

* Am 21. ds. wurden in einer Kohlengrube von Leccett Colliery bei Newcastle in der englischen Grafschaft Stafford durch schlagende Wetter bei 100 Arbeiter getödtet. Die Ursache der Explosion war gleichwie bei der Zwidauer Katastrophe die gewissenlose Vernachlässigung der Ventilation seitens der ausbeutungswüthigen Grubenbesitzer. Die letzteren waren schon längst wegen des lebensgefährlichen Zustandes ihrer Gruben angeklagt worden, die Bourgeois-Jury aber hatte es im Interesse des Geldsacks für gut befunden, den Fall zu vertagen, wodurch das Unglück unvermeidlich wurde. Wie lange werden sich die Arbeiter, wie lange werden sich die Völker — denn ähnliche Zustände herrschen in allen Ländern — eine solche „Ordnung“ noch gefallen lassen?

zw. London, 20. Jan. Zunächst in kleiner Nachtrag zu der Ihnen übersandten „Resolution“ der bekannten Londoner 14. Wenn zwei Freunde sich gegenseitig erziehen, so wird bekanntlich gewöhnlich aus der Schule geschwätzt. So auch hier, wobei folgende kleine interessante Geschichte an's Tageslicht kam, welche den deutschen Parteigenossen einen sehr beschredenden Blick hinter die Koulissen der hiesigen Clique gewährt und ihnen zeigt, mit welchen Mitteln hier intriguiert und der ganze Kummel gegen die deutsche Partei „gemacht“ wird. — Einer der erwähnten erzürnten Freunde hatte von einem „Dritten im Bunde“ einen Brief, ungefähr folgenden Inhalts, bekommen: „Lieber Freund A.! Einliegend übersende Dir eine Resolution, von der ich wünsche, daß sie in Deiner Sektion angenommen wird. Ich sende sie Dir, da mir die I. Sektion so oppositionell, die II. aber zu religiös (I) ist. Ich hoffe, Du wirst Dein Möglichstes thun, um sie durchzudrücken. Dein etc.“

Hier haben Sie also die Vorgeschichte des dem „Sozialdemokrat“ zugestellten „Misstrauensvotums.“ Man nennt das: „Mit Hochdruck arbeiten.“ Schade nur, daß die gleichzeitig gewünschten, ähnlichen „Zustimmungen“ sehr mager ausgefallen sind. Selbst von Paris scheint man eine solche nicht heimgebracht zu haben, obgleich man persönlich dorthin ging. Nur von Brüssel hat man wieder etwas ergattert, natürlich auch mit „Hochdruck“; denn am 10. erscheint hier die Nr. 2 der „Freih.“ und am 13. schon sagt man in Brüssel Beschlüsse! Na, warten wir ab; vielleicht erziehen sich auch in Brüssel noch zwei Freunde.

Als Seitenstück zu dieser Brüsseler „Resolution“ haben Sie den (schon in unserer letzten Nummer gekennzeichneten — D. R.) „Ausruf“ des hiesigen Zentralkomite's zu betrachten. Auch er ist keineswegs der Ausdruck der Gesinnung der Majorität, sondern nur das Nachwerk eines habbuhenden Leute, die keineswegs vor Erlass desselben die Majorität befragt haben. Zu bedauern bleibt dabei nur, daß die eine hochtönende Sprache liebenden Leute nicht gleich unterzeichnet haben: „Das revolutionäre Direktorium“ etc. etc. Das würde viel energischer geklungen und besser zu dem illustren Meisters berühren. „Trommel der Reaktion, welche ein Loch bekommen hat“, der ebenso berühmten „Pflanze, in welche unsere Feinde gehauen werden“ und ähnlichen „ächt revolutionären“ vernichtenden Zungen- und Zintengeschossen passen, als das „zahme, leisererische“, so gar nicht ein wenig blutdürstige „Zentralkomite“. — Einige vernünftige oppositionelle Elemente in der Kommission wurden natürlich niedergestimmt. Uebrigens haben die andersdenkenden Genossen gegenwärtig alle Ursache, still zu sein und ihre Meinung nicht laut zu sagen, denn sonst werden sie von der terroristischen Clique „ausgeschlossen“, wie es vorige Woche unserm, im „Sozialdemokrat“ muthig gegen die Stänkereien bekannter Leute aufstretenden Genossen Schiele ging und wie man es, wie ich höre, diese Woche drei weiteren Genossen machen will. Schiele's Ausschließung wurde mit 72 gegen 54 Stimmen, also mit 18 Stimmen Majorität beschlossen.

Sie können an dieser Abstimmung sehen, wie es mit der Macht der Clique immer mehr *advanciert* geht. Nicht allzulange mehr die Majorität haben, wenn sie es nicht vorziehen, mit die/en aus „Sozialdemokraten“ vorher zu brechen, um die Partei von einem lästigen und hinderlichen Ballast zu befreien.

Auf die faulen Wege des Redakteurs der „Fr.“ einzugehen, werden Sie mir nicht zumuthet. Statt dessen scheint es mir jedoch nothwendig, einzelne andere Dinge hier festzuhalten. Wir haben also zunächst eine große Generalzensur unserer armen Parteiliteratur zu erwarten, und zwar von kompetenter Seite, denn der gestrenge Zensur ist ja selbst ein bedeutendes Literaturlicht — hat er doch in „römischer Geschichte“ gemacht. Ich will damit keineswegs sagen, daß ich nicht mit dieser Zensur einverstanden bin; im Gegentheil, ich will sogar gerne an dem verdienstlichen Werk mittheilen und fane gleich damit an, die Aufmerksamkeiten des Großseniors auf einige Broschüren zu lenken, deren Ausmerzung nur segensreich wirken könnte, z. B. Kapital und Arbeit (eine angebliche „Populärliteratur“ des Marx'schen „Kapital“) von J. M., ferner „Die Lösung der sozialen Frage“ von J. M. und noch einige ähnliche. Hi, wie werden da die Papierschneizer in Percussivret fliegen! Si entschuldigen meinen Humor; doch, ich habe gewisse Leute so recht ernst nehmen können, habe sie immer für halb — Unrechnungsfähige gehalten, weshalb ich mich gar nicht wundere der die neue Firma: Hödel, Robitzing u. Comp. — die Sache sagt gar nicht übel. — Noch eins! Mein letzter Bericht soll so eine „Denunziation“ enthalten haben. Was meinen die Herren des „Sozialdemokrat“ dazu? Ist das nicht ein pubeinarriger Gedanke? Wie mag sich der Schreiber des betreffenden „entzweiten“ Kritikers die englischen Regierungsmänner denken! Sie müßten erst in Zürich den „Sozialdemokrat“ herausgeben und ich müßte Ihnen erst von hier korrespondieren, damit die Regierung hier ihre eigenen Gehege kennen lernt. Diese Extra-Schmeierei darf in unserer ersten, sachbedürftigen Zeit nicht überhand nehmen.

Noch eine Bemerkung. Die „Freiheit“ fährt als schlagenden Beweis für die Nützlichkeit der „Wahlerei“ (zum Reichstag etc.) an, daß in Chemnitz 18 12,000 Arbeiter sozialdemokratisch wählten, während 1878 1,000 Arbeiter für einen Reaktionär stimmten. Diese Darstellung ist aber eine vollständig unrichtige; denn möchte darnach einerseits scheinen, als ob 1878 überhaupt keine sozialdemokratischen Stimmen abgegeben worden seien, derselbe aber, daß die sämtlichen auf den reaktionären Kandidaten gefallenen Stimmen von Arbeitern herührten. Letzte Behauptung ist aber geradezu verächtlich und zugleich für die Genüher Arbeiter im höchsten Grade beleidigend. Jedermann wa daß 1878 fast 10,000 sozialdemokratische Stimmen abgaben wurden. Ueber die Ursachen des Verlustes der Chemnitzer Oposition für die Sozialdemokratie ist viel debattirt worden; da er der damalige Kandidat selbst die Sache in der „Freiheit“ regt und allem Möglichen die Schuld aufzuhallen sucht, so ist es gesagt werden: daß die Chemnitzer Niederlage nicht zum kleinsten Theil von unserm damaligen Kandidaten Most verursacht worden ist. Wäre nur Agitation im Wahlkreis anwesend gewesen, so wären wir raschgedungen; seine Allotria's aber machten es der Regierung möglich, ihn während der Wahlperiode hinter Schloß und Riegel zu bringen und schabellen auch sonst unserer Sache sehr viel. Ich genug hievon.

Für heute will ich nur noch ige Thatsachen registriren, die sich zu merken auch andern Lei dienlich sein könnte. Vor

einiger Zeit melbete hiesige Zeitungen, daß die russische Regierung bei der englischen vorstellig geworden sei wegen Ueberwachung der hier anwesenden russischen Emigranten, besonders der Nihilisten. Ueber eine Antwort der hiesigen Regierung hat nichts verlautet. Weiter: Nach einer Nachricht des „Echo“ hat man der Königin von England eine Extra-Geheim-Leibwache bestellt, weil von Petersburg und Berlin aus die Nachricht eingetroffen sei, daß sozialistische „Königsmörder“ von dort nach hier überfließen seien. (Das „Echo“ bemerkt dazu richtig, daß solche Maßregeln nutzlos seien, wenn die Ueberflutung von Königsmördern wirklich wahr sei.) Endlich wurde der bekannte Pfaffen-Attentäter Schossa (von dem wir in der letzten Nummer berichteten D. R.) von einem Theil der hiesigen Presse, u. A. dem „Daily Telegraph“, ebenfalls uns Sozialdemokraten aufgehängt und behauptet, er sei von den deutschen Sozialdemokraten zu der That aufgehetzt. (Als Ursache wird angegeben, daß der attackirte Priester einmal ein Pamphlet über die Sozialdemokratie geschrieben haben soll.)

Ich brauche Ihnen nicht erst zu sagen, daß ich diese ganzen Dinge höchst albern finde; aber es gibt zu denken. Man weiß, wie man seiner Zeit in Deutschland Stimmung gegen die Sozialdemokratie machte!

Briefkästen der Expedition:

Ich, H. G. Goldsch. krenzte mit Rahmzettel. Rechtzeitige Zahlung hätte letztere erledigt. Heißt Ihr Geld 3—4, so freichen Sie ihn, er ist *erloschen*, wie Hans W. aus Ciconora K., sowie Bor. in D. Dieß zugleich für Alle, die es angeht! — Paul—du: St. erhalten. Meineiderlicher braucht Arbeit und — Bierseker, deshalb „so blau“. — Kurtz Dalk: Im ganzen „S.“ kein doctiger Correspondent mit der angeblischen Chiffre. Postzeitpunkt! — Zusammenhänge zwischen einem „Todten“ und einem „Lebendigen“!? Das Dienstmädel Saas?! — Winkel steht Geister und — beschwört. Hat: 15 volle Lit r v. Tag zur Garnitur der Gütefunde. Prokt! — Pfiffel! — Dank für nachträgliche Notiz; dort längst in Ordnung. Weiterer Bericht über den „Mst“ angehen. Gruß von Allen an Alle! — St. d. S. Wt. 3. — erhalten. — W. Abdr. 4. Ca. 79 u. 1. Ca. 80. sowie K. d. Abdr. Sie haben noch 40 St. gut. — M. 31 —, erhalten: M. 9. Die 115 bejahlen wir; hat denn P. nicht in Marken beigefügt? Guten Aufstellung über Verlegtes, sowie über Ihre Ab. senden, finden für 79 drei Ab. restend; für 80 achte zu berechnen. Ebenso nur M. 9. — Dez. 3/79 u. obige M. 9 vom 29/1 80 erhalten. Ge.enaufstellung, wenn wir irren sollten, dringend erbeten. Fehlendes folgt. Gruß!

Anzeigen.

Allen französisch lesenden Genossen ist zu empfehlen und bei der Expedition des „Sozialdemokrat“, sowie durch die Volksbuchhandlung zu beziehen:

LA REVUE SOCIALISTE

DEVANT PARAITRE TOUTS LES MOIS
A PARTIR DU 20 JANVIER 1880
à Saint Cloud-Paris

AVC LE CONCOURS DE
V. Arnould, Bruxelles; A. Bobel, Leipzig; E. Bortz, Londres; L. Bertrand, Bruxelles; Bernstein, Bärekli, Zurich; Bordo, Paris; Boyer, Marseille; Brugnot, Lyon; A. Costa, Lugano; Cornette, Anvers; Dr. De Paape, Degroof, H. Denis, Duverger, Bruxelles; Delahaye, Londres; Delaporte, Paris; Domela Nieuwenhuis, Li Hays; C. Duski, Gendse; A. Douai, New-York; Darvillers, Paris; Dumay, Le Creusot; Garol, Lyon; Greulich, Zurich; J. Guesde, Paris; Gnocchi-Viani, Milan; Jener, Espagne; Kautzki, Vienn (Autriche); Labusquiere, Le Roy, Leclere, Paris; Mme. Andr. Léo, Rome; Liebknecht, Leipzig; Lombard, Marseille; Lafargue, Londres; Lavroff, Paris; Mlo. J. Lijencrantz, Copenhague; Marouck, Maria, Paris; Mario, Zurich; Mile. Eug. Pierre, Paulard, Paris; E. Péron, Icarie; Pignou, Paris; S. Politzer, Hongrie; Pelletier, New-York; De-Ricard, Montpellier; E. Reclus, Paris; Quinones, Madrid; Skotschley, Birmingham; Theodorowitsch, Serbie; Viereck, Leipzig; G. Vollmar, Zurich; S. Vinas, Espagne; Walster, St. Louis Mo.

Prix d'abonnement:

Trois mois: 2 fr. 50 — Six mois: 5 fr. — Un an: 10 fr
Le Numéro: 90 cent.

Wichtig für alle Parteigenossen!

Im Verlag des „Sozialdemokrat“ ist soeben erschienen und in dieser Expedition, sowie durch die Volksbuchhandlung zu beziehen:

Stieber's Verdruß.

Geheimschrift zur Sicherung des Briefverkehrs in und mit Deutschland.

Preis 15 Pf. — 20 Cts.

Porto für die Schweiz 1—12 Exempl.: 2 Cts.; Deutschland und Oesterreich 1—3 Exempl.: 10 Pf. — 5 Trj. (Cuvert); Ausland 1—12 Exempl.: 5 Cts.

Der Erlang ist für die Copie des deutschen Sozialistengesetzes bestimmt!

Durch uns, sowie durch die Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich ist zu beziehen:

Le Proletaire

Journal republicain des ouvriers démocrates socialistes.

Preis per Nummer 15 Cts.

Les hommes de la Commune

Preis per Nummer 15 Cts.

Journal Historique

Littéraire et scientifique.

Preis per Nummer 10 Cts.

Expedition des Sozialdemokrat.

Schweiz. Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.